

VERTRAULICH
PB Nr. 12/90 - B/ZW

Berlin/DDR, 13.6.1990

Die BRDigung der DDR

Kopien gehen direkt an Staatssekretär Jacobi, Botschafter Manz, Botschafter Arioli/BAWI, sowie an Botschaft Bonn, Moskau, Warschau, Washington

"Keine BRDigung der DDR" hiess es auf einem kleinen Plakat, das vor den Volkskammerwahlen vom 18. März da und dort zu sehen war. Es war doppeldeutig-witzig und mochte vor allem Intellektuelle ansprechen. Die grosse Masse der Wähler aber war zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem "sozial abgefederten" Schnellzug zur D-Mark und zum Wohlstand der BRD. Eine Reform der DDR hätte für die meisten zu lange gedauert und wäre zu ungewiss und zu mühsam gewesen. So schien es ihnen besser, die DDR möglichst bald zu begraben.

Bundeskanzler Kohl hat das Gesetz des Handelns schon kurz nach dem panikartigen Oeffnen der Mauer geschickt an sich gerissen und seither auch meisterhaft behalten. Erinnerung sei namentlich an seine Wiedervereinigungsrede vom 28. November; an den Vorschlag einer Währungsunion vom 7. Februar; an den mit grossen Versprechungen tapezierten BRD-Wahlkampf zu den Volkskammerwahlen; an den Vorschlag, die beiden deutschen Staaten nicht zu vereinen, sondern die DDR aufgrund von Art. 23 des Bonner Grundgesetzes der Bundesrepublik "beitreten" zu lassen, und schliesslich Kohls Entscheid, die Währungsunion am 1. Juli einzuführen und den dazu notwendigen "Staatsvertrag" in wenigen Tagen durch beide Parlamente peitschen zu lassen. Auch die nächsten und letzten Etappen sind von Kohl bereits vorgezeichnet: Anfangs Dezember oder spätestens am 13. Januar sollen gesamtdeutsche Wahlen stattfinden, weshalb die Zwei-plus-Vier-Gespräche über die "äusseren Aspekte" der deutschen Vereinigung spätestens im Frühherbst abgeschlossen und deren Ergebnisse einer Gipfelkonferenz der KSZE-Staaten im Herbst zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Die DDR-Politiker haben auf diesem Einheitszug nur wenig zu bestellen. Selbst der besonnene und sonst so hartnäckige Ministerpräsident de Maizière hat seine Position in den letzten Monaten mehrfach abrupt ändern müssen. Die Mehrheiten der Fraktionen der Allianz-Parteien und der Liberalen sind schon seit April auf Bonner Kurs eingestellt. Von einem Verfechten von DDR-Interessen ist in ihren Reihen kaum etwas zu hören.

Der bereits erwähnte Staatsvertrag ist im Grunde genommen kein Vertrag zwischen zwei souveränen Staaten. Er wurde ausschliesslich in Bonn vorbereitet und dort nach kurzer Diskussion unterzeichnet. Mit ihm gibt die DDR wesentliche Souveränitätsrechte an die Bundesregierung ab. Für weite Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist damit nicht mehr Ostberlin, sondern Bonn (und teilweise die Bundesbank in Frankfurt) zuständig. Die Volkskammer der DDR ist aufgerufen, 800 Seiten bundesdeutsche Gesetze auf den 1. Juli in Kraft treten zu lassen.

Die Risiken und Unwägbarkeiten sind auf beiden Seiten sehr gross. Zum bundesrepublikanischen Teil des Vertrages bemerkt das Handelsblatt in Düsseldorf wohl nicht zu Unrecht: "Hier hat die Politik eine riesige Bestellung aufgenommen, ohne überhaupt die Preise zu kennen. Die Rechnung kommt." Um nur wenige Beispiele zu nennen: Die DDR führt am 1. Juli ein Sozialversicherungssystem nach BRD-Muster ein (Renten, Kranken- und Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung etc.), und die BRD hat die hierfür nötige "Anschubfinanzierung" in Milliardenhöhe zu leisten. Diese Versicherung werde sich mit der Zeit selbst finanzieren, heisst es. Falls aber die zu erwartende Arbeitslosigkeit (im kommenden Winter wird mit rund 1,5 Mio. Arbeitslosen gerechnet) gross und dauerhaft ist und die DDR-Wirtschaft nicht binnen kurzem floriert, droht die finanzielle Last der BRD zu einer Dauerbelastung zu werden. Ähnliches gilt für die Staatsfinanzen der DDR: Mit der Abschaffung der zentralen Planwirtschaft sind dem Staat die Haupteinnahmequellen verloren gegangen. Ein Steuersystem nach BRD-Muster wird erst ab 1. Juli allmählich aufgebaut, zuerst die Mehrwertsteuer und ab 1. Januar 1991 vierzig weitere Steuerarten. Bis die Steuereinnahmen in der DDR normal fliessen, hat Bonn das Haushaltsdefizit zu begleichen. Dieses könnte 1990 40 Mia DM erreichen und im folgenden Jahr noch weiter steigen.

Für die DDR ist dieser Vertrag alles andere als ein Geschenk vom Himmel. Sie muss schon am 1. Juli die Marktwirtschaft einführen, d.h. die Reste der Planwirtschaft beseitigen, die Staatsbetriebe "privatisieren", die Subventionen für Nahrungsmittel streichen und die Preise freigeben und sich der internationalen bzw. der bundesdeutschen Konkurrenz aussetzen - die bisherigen Schutzmechanismen von staatlichem Aussenhandel, Devisenbewirtschaftung und Verrechnungssystem des innerdeutschen Handels werden dann wegfallen, für deren Ersatz ist ausser einer vagen Kontingentierung von importierten Landwirtschaftsprodukten kaum etwas vorgesehen. Noch nicht geklärt ist der Erwerb von Grundeigentum in der DDR durch BRD-Bürger und Ausländer (rund 500'000 BRD-Bürger sollen Anspruch auf Grundbesitz in der DDR erheben). Strittig ist auch der Problemkreis der Schulden und der Bewertung der Industrie- und Gewerbebetriebe etc. Die DDR-Regierung hatte in der Regierungserklärung vorgegeben, die Interessen der DDR-Bürger in diesen Fragen energisch vertreten zu wollen, hat aber ihre Positionen in letzter sukzessive geräumt. Nur am Rande sei erwähnt, dass zahlreiche DDR-Institutionen, namentlich die frauenfreundlichen Einrichtungen des Baby-Jahres, des Haushaltages sowie der Kinderhorte und Kindergärten voraussichtlich nicht in die Einheit "eingebracht" werden können; dies mit der Begründung, dass der BRD-Steuerzahler derartige Dinge nicht besitze und dass man von ihm deshalb auch nicht verlangen könne, sie in der DDR zu finanzieren. Sehr stark gefährdet ist auch der gesamte Kulturbereich, welcher in der bisherigen DDR eine starke zentralstaatliche Förderung erfahren hatte. Der Zentralstaat hat nun kein Geld und wird in ein paar Monaten ohnehin aufgelöst werden. Die Länderstrukturen aber müssen erst noch geschaffen werden. Einmal an der Macht, werden sich die Länderregierungen kaum vordringlich mit der Kulturförderung befassen.

Kohl drängt, wie schon erwähnt, mit Volldampf auf gesamtdeutsche Wahlen um die Jahreswende. Dies aus folgenden Gründen: Ab dem Herbst werden in der DDR grosse wirtschaftliche und soziale Probleme und Turbulenzen erwartet (der DDR-Wirtschaftsminister sprach schon von

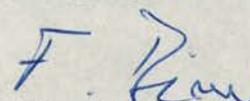
einem "heissen Herbst"); die Wahlernte, d.h. der DDR-Bonus für CDU und FDP, soll deshalb eingebracht werden, bevor die Volksstimmung hüben und drüben umkippt. Ausserdem befürchtet man, dass in Moskau ein Machtwechsel stattfinden könnte, der die Chancen einer raschen deutschen Einheit mindern würde (hiesige Sowjetexperten nehmen an, dass nicht Jelzin, sondern Hardliners und Militärs die Nachfolge von Gorbatschow antreten würden).

Auch in der Frage der künftigen Hauptstadt wird die DDR aller Wahrscheinlichkeit leer ausgehen. Offiziell hiess es bisher, Berlin werde die Hauptstadt des vereinigten Deutschland werden, denn es habe schon bisher eine Brückenfunktion zwischen Ost- und Westdeutschland ausgeübt und verfüge über die notwendigen Einrichtungen, um die gesamtdeutschen Regierungsbehörden aufnehmen zu können. Insider sind aber überzeugt, dass Berlin höchstens nominell eine Art "Hauptstadt" werde, Regierungssitz werde Bonn bleiben. In der Ständigen Vertretung der BRD ist zu hören, dass dies in politischen Kreisen Bonns schon mehr oder weniger beschlossene Sache sei. Die massgebenden Bundesländer und deren Regierungen (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern etc.) seien ohnehin gegen Berlin als Hauptstadt, und auch bei den künftigen Bundestagsabgeordneten aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen würden sich keine Mehrheiten für Berlin finden lassen. Im übrigen würde ohnehin kein wichtiges Ministerium nach Berlin verlegt werden, solange die Russen in Potsdam sitzen (ein Abzug der sowjetischen Truppen dürfte 5-7 Jahre in Anspruch nehmen). Schliesslich sei auch die gesamte Bonner Beamtenschaft gegen einen Umzug nach Berlin; sie habe das schlagende Argument für sich, dass ein Umzug allein an Wohnbaukosten Unsummen verschlingen würde, die anderswo dringend benötigt werden.

Dieser Anti-Berlin-Entscheid hat auch allgemein politische Folgen. Mit dem Beitritt der DDR zur BRD werden die DDR-Ministerien obsolet. Die Staatsbediensteten, die hier keinen Beamtenstatus haben, werden voraussichtlich nur in wenigen Einzelfällen in die Bonner Ministerien aufgenommen werden, so dass die heutige DDR auf absehbare Zeit von Bonn aus regiert und von BRD-Beamten verwaltet wird (in Kreisen der hiesigen CDU heisst es recht salopp, die bisherigen DDR-"Beamten" könnten sich um Stellen in den neuen Ländern bewerben - für die aber wohl schon Bewerber aus den aufzulösenden Bezirken da sein werden). Berlin aber, das offiziell noch als Hauptstadt-Kandidat gilt, kann sich im Moment nicht als Hauptstadt des demnächst zu bildenden Landes Brandenburg anbieten. Mit andern Worten, es wird künftig weder Landes- noch Bundeshauptstadt sein, sondern allenfalls ein Stadt-Staat wie Hamburg oder Bremen.

Es ist zu befürchten, dass sich in dieser raschen und brutal anmutenden "BRDigung" der DDR viel politischer Zündstoff anhäuft.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER


(F. Birrer)